

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Robert & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wort und Bild“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 29 mm breite Konpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefrücksendung 10 Goldpf.

Nr. 67

Dresden, Freitag den 20. März 1925

36. Jahrg.

33prozentiger Patriotismus

Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die Vaterlandsliebe unserer bestehenden Kreise nur so weit geht, als sie nichts kostet. Würde bei die Regierung des Ausdeuterblades, dessen Präsidentenwahlkandidat Jarres ist, die Entwürfe der neuen Steuergeetze veröffentlicht und so einen Vorgeschmack gegeben, wie sie sich die Durchführung des Dames-Gintachens und die Verteilung der Lasten denkt. Daß die Regierung in diesen Gesetzentwürfen die Verantwortung der letzten Regierungsparteien ihren Geldgebern über die Wahl gegeben worden wären, einlösen müßte, war vorausgesetzt. Daß aber so unerbittlich das wahre Gesicht des Bürgermeisters zum Vorschein kommen würde, haben auch wir nicht erwartet. Jedoch die neue Regierung kennt ihre Leute genau und weiß, was sie ihnen an Belastungen zumuten kann, ja sie ist sogar imstande, die Entwürfe der Steuerlasten für diese Kreise in Prozenten vom Einkommen auszudrücken. Bekanntlich ist der wahrhaft „nationale“ Mann jederzeit bereit, nicht nur sein Gut, sondern auch sein Blut auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Wie es damit in Beziehung besteht, das sagt die Begründung an der Stelle, an der die Höhe des Steuer tarifs für die Höchstverdienenden von 60 Prozent auf 35 Prozent zu reduzieren ist. Da heißt es nämlich: „Die Steuerlasten der höchsten Einkommen (nämlich 60 Prozent) einfach nicht hand. Die größeren Einkommen werden entweder verschwiegen, oder es werden alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und buchtechnischen Möglichkeiten ausgenutzt, um die Betriebsergebnisse niedriger scheinbar zu lassen, als sie bei der Anwendung normaler Methoden der Gewinnermittlung sein würden.“ Und an einer anderen Stelle wird gesagt, „daß die Steuerlasten eine Belastung von mehr als einem Drittel des Einkommens nicht aushält.“ Demzufolge sieht deshalb auch der Entwurf vor, daß die Steuer ein Drittel des Einkommens nicht aushält.“ Demzufolge sieht deshalb auch der Entwurf vor, daß die Steuer ein Drittel des Einkommens nicht aushält.“ Demzufolge sieht deshalb auch der Entwurf vor, daß die Steuer ein Drittel des Einkommens nicht aushält.“

Die Wüter des Entwurfes können allerdings nicht umhin, der ihnen vorgeschlagenen Schonung des Reiches ein volkswirtschaftliches Mäntelchen umzuhängen. Sie betonen ausdrücklich, daß es für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft geradezu eine Lebensfrage sei, daß das Interesse an der Neuerung von Kapital aufrechterhalten und auf jede Weise gefördert wird. Wenn man bedenkt, daß der Höchstlohn von 33 1/2 Prozent erst in einem Jahresverdienst von 682 000 M. erhoben wird, wenn man weiter berücksichtigt, daß die Bewertungsdifferenzen des Einkommens so gehalten sind, daß das Einkommen schon nicht so hoch ausfällt, dann ist es ganz offensichtlich, daß eine Kapitalbildung bei diesen Niedereinkommen auch möglich wäre, wenn die Steuer etwas weniger schädlichen gütigen würde.

Bei den Steuerlasten für die Einkommen der großen Menge der Bevölkerung ist allerdings von einer derartigen Mäßigkeit nichts zu spüren. Das von der Steuer freigesetzte Existenzminimum ist bei den heutigen Lebensverhältnissen vollkommen ungenügend und liegt zum Teil noch unter der Freigrenze einiger Einkommensteuern von Bundesstaaten vor dem Kriege. Der normale Steuerfuß ist 10 Prozent, die Erleichterungen für Kinderreiche Steuerzahler sind gänzlich ungenügend. Wenn man schon eine Kapitalbildung begünstigen wollte, so hätte man das in auch schließlich dadurch erreichen können, daß man der breiten Masse der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben hätte, wie vor dem Kriege wieder zu sparen. Bei diesen Steuerentwürfen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lohnpolitik von Arbeitgeberseite einschließlich des Reiches reichen allerdings die Lohnsteuern der meisten nicht einmal dazu, menschenwürdig zu leben. Die Arbeitgeber haben sich wohl mit Mühe darauf, daß es ihnen bei ihrem Werk sei, nicht ganz wohl war, beranlagt gesehen, als Kronzeugen für ihre Vorschläge den Altmeister der deutschen Nationalökonomie, Adolf Wagner, zu zitieren. Sie haben damit diesem berühmten sozial eingestellten Wissenschaftler, der seinerzeit von den Nationalökonomie Kreisen als „Nationalökonom“ geschmäht worden ist, seine und seine finanzwissenschaftlichen Anschauungen entweder nicht zugehört oder falsch verstanden haben. Wenn Wagner seinerzeit den Entwürfen gegenüber hat, daß eine Einkommensteuer nicht mehr als ein Drittel betragen dürfe, so geschah das unter ganz anderen wirtschaftlichen und steuerlichen Voraussetzungen. Es kann darüber kein Zweifel sein, daß heute Wagner diesen Satz nicht heranziehen hätte. Aber es kann ebenso kein Zweifel darüber heranziehen, daß er gegen die Steuerentwürfe, von denen die Arbeitnehmer betroffen werden sollen, auf das schärfste Einspruch erhoben hätte. Es wäre deshalb klüger gewesen, wenn die Regierung auf die Warnung dieses Mannes bei ihren Plänen, die Lasten eines nationalen Krieges riskantlos auf das Proletariat abzuwälzen, Rücksicht hätte. Die egoistischen Absichten der Regierungsparteien rufen sogar bei der demokratischen Frankfurter Zeitung die Empörung hervor. Sie weist mit Recht darauf hin, daß eine Erleichterung des Einkommens einfach unmöglich macht und nur die Entlastung einer verhängnisvollen Matrikale fördert. Man muß sich auch die neuen Entwürfe der indirekten Steuern in Betracht ziehen, die durch eine Erhöhung der Zölle vorziehen und die künftige Einkommen des Arbeiters noch weiter verringern. Die neuen Entwürfe mit ihren unzähligen Verschärfungen in Bezug auf die Zölle, die durch die Sozialdemokratie entworfen wurden, und daß noch in letzter Stunde alles versucht wird, um die neue Verfassung der Massen abzuwehren.

Ein ritterlicher Kampf

Wie Stresemanns Blatt draußlos verleumdet

a. Berlin, 20. März. (Fig. Funkpruch.) Der Reichswahlleiter hat am Donnerstagabend entschieden, daß die Kandidatur Ludendorff, trotz der Spaltung der völkischen Bewegung, die Voraussetzungen des Wahlgesezes erfüllt. Ludendorff erscheint damit auf dem amtlichen Stimmzettel. Damit haben wir insgesamt jetzt also sieben Kandidaten und es scheint sogar, daß diese Zahl noch um einen Vertreter der „Deutschen Aufwertungs- und Aufbaupartei“ vergrößert werden soll. Dieses Parteigebilde hat inzwischen beschlossen, den Senatspräsidenten beim Reichsgericht in Leipzig, Dr. Lobe, als Kandidaten aufzustellen. Dagegen empfiehlt eine Mitgliederversammlung des Hypothekengläubiger- und Sparschuldenverbandes, die am 14. März in Berlin stattfand, wenigstens für den ersten Wahlgang Stimmhaltung, weil sie die „auf die Parteien nach ihren Wahlversprechungen gezielten Erwartungen in der Aufwertungsangelegenheit bisher noch nicht erfüllt sehen.“

Inzwischen setzen die Rechte entsprechend der Aufforderung des Herrn Jarres ihren „ritterlichen“ Wahlkampf fort. So, das Organ des Herrn Stresemann, die Zeit, bringt heute sogar das Gemüt auf, dreißigmal die Parole auszugeben: „Trent dem Parteihaber!“ und auf der gleichen Seite unter zwei großen Spalten von den „sozialdemokratischen Kuckuckern der Aufwertungsabteilung“ zu reden. Das „ritterliche“ Blatt bezieht sich dann auf eine Entschädigung, die dem Verlag unseres Parteiblattes in Münster im Jahre 1923 aus öffentlichen Mitteln ausbezahlt worden ist. Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß unser Parteiblatt auf Veranlassung in der Luft gesprengt wurde. Was abgesehen davon, daß schon deshalb das Reichstimulischdengesez Anwendung finden und dem sozialdemokratischen Verlag in Münster eine Entschädigung gezahlt werden müßte, lag damals ein allgemeines politisches Interesse zur schnellen Wiedererrichtung des sozialdemokratischen Parteiblattes vor. Infolgedessen beschloß die Regierung Cuno, also ein Kabinett, in dem nicht ein einziger Sozialdemokrat, wohl aber Herr Dr. Feige und Herr Dr. Becker, dessen (beide Mitglieder der Volkspartei), vertreten waren, dem Verlag des Volksstimulischdengesezes, 118 000 Goldmark zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Schaden betrug dagegen nach einer Bestimmung des Oberpräsidenten in Münster 5467 Goldmark für Gebäude und 171 221 Goldmark für Einrichtung. Zusammen 192 588 Goldmark. Das sind nicht etwa unsere Angaben, sondern alles das heißt die Zeit fest. Wenn also schon der Vorwurf berechtigt wäre, was aus sachlichen und politischen Gründen jederzeit widerlegt werden kann, dann müßte der gleiche Vorwurf für diesen Fall mit genau demselben Recht gegen die Regierung Cuno und die volksparteiischen Minister erhoben werden. Da die Zeit aber einmal dem Entschließen ist, erlauben wir uns die höfliche Anfrage, wieviel Gelder ihr aus öffentlichen Mitteln, und zwar aus dem Rhein-Ruhr-Fonds im Jahre 1923 und noch später zur Verfügung gestellt worden sind? Aufgebe wiederholen wir die schon vor einigen Tagen erhobene Frage an Herrn Stresemann:

Ist es richtig, daß er noch mit dem Schieber Wolpe entgegen seinen eigenen Angaben bis im Dezember verkehrte und noch bis dahin Gelder aus einer Schieberbank für seine „Zeit“ und seine Partei erhielt?

Wenn die Herren der Rechten schon den Kampf in dieser „ritterlichen“, in dieser schmutzigen Art und Weise führen wollen — wie sind gern bereit, ihnen in dieser Beziehung noch manchem Nummer zu bereiten!

Schließlich behauptet die Zeit in ihrer heutigen Ausgabe, Ministerpräsident Otto Braun habe Anteile des Volksstimulischdengesezes in Münster in Höhe von 5000 Mark. Dieser Betrag besteht natürlich nur fiktiv, denn Braun besitzt sie als Mitglied des Parteivorstandes, erhält also weder irgendeinen Gewinnanteil, noch hat er von diesem Anteil, den er vor seiner Ministerzeit als Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes provisorisch übernahm, überhaupt irgendeinen Vorteil. Alles das weiß die Zeit, aber sie verleumdet der Verleumdung wegen. Besonders charakteristisch ist, daß diese Verleumdungen im Walte des früheren Reichsanwalters und jetzigen Außenministers Dr. Stresemann auf-tauchen, der aus seiner Regierungstätigkeit genau über diese selbstgeschändlichen Entschädigungen unterrichtet ist und niemals dagegen Einspruch erhoben hat, daß das Reich die von völkischen Wuden angerichteten Dynamitschäden vergütet.

Sieben Kandidaten

Gestern nacht 12 Uhr ist der Termin abgelaufen, bis zu dem die Nennung der Präsidentschaftskandidaten beim Reichswahlaußschuß zu erfolgen hatte. Es sind sieben Kandidaten genannt worden, bei denen die Anforderungen des Wahlgesezes als erfüllt festgestellt worden sind. An der Spitze steht der Kandidat der Sozialdemokratie

Otto Braun

Ihm gehören die Stimmen aller Republikaner, aller Deutschen, die für Recht und Freiheit, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, für die deutsche Einheitsrepublik eintreten.

Das Zentrum präsentiert Dr. Warg, die Demokraten Dr. Hellpach.

Die Reaktion, Großunternehmer und Großagrarier, hat Dr. Jarres nach langem Schwanken zum Kandidaten ernannt. Er ist der Mann der politischen und sozialen Erneuerung.

Der Kandidat der nationalistischen Vorkämpfer ist Ludendorff, der von Hitler präsentiert worden ist.

Die kommunistischen Zerplitterer der Arbeiterbewegung haben Herrn Thilmann aufgestellt.

Otto Braun ist der Kandidat des Volkes. Sein Name steht an der Spitze des amtlichen Stimmzettels. Die Parole für den 29. März heißt:

Otto Braun

Aufmarschplan der Jarres-Reaktion

Das Millionengeschäft der Schwerindustrie trägt jetzt seine Früchte für diejenigen Parteien, die es ermöglicht haben. Tausende und aber Tausende von Mark sind bereits dem Rechtsblock zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahl zur Verfügung gestellt worden. Es heißt, daß die bisher eingegangenen Gelder an den Betrag von 2 Millionen Mark heranreichen. Man sieht, die Schwerindustrie und die Landwirtschaft lassen sich die Sache etwas kosten, um Herrn Jarres schon im ersten Wahlgange durch das Ziel zu führen. Für die Erhöhung der Arbeiterlöhne befragen diese Herrschaften nie Geld.

Mit welch ungeheuren Mitteln die Rechtsparteien arbeiten, ergibt sich aus dem Aufmarschplan der Deutschnationalen zur Reichspräsidentenwahl, der unsern Darmstädter Parteiblatt in die Hände gefallen ist. Dieser Aufmarschplan stellt eine kleine Broschüre dar, in der alle Einzelheiten der Propaganda festgelegt und die deutschnationalen Organisationen im Lande für eine bestimmte Last verpflichtet werden. Aus ihm geht hervor, daß die Propaganda in der Hauptsache von Berlin aus geleitet wird, und zwar „entsprechend der vom Finanzausschuß vorgesehenen Verteilung der Mittel“. Der Sinn der Propaganda ist, „die absolute Mehrheit schon im ersten Wahlgange herauszuholen“. An erster Stelle der Zentralfälle für Jarres-Reaktion steht die Propaganda. In Berlin ist zu diesem Zwecke ein besonderer Presseauschuss gebildet, „der durch Pressekonferenzen für die große Berliner Presse und die große Provinzpresse, sowie die durch die Korrespondenzbureau der Parteien und Organisationen und durch private Korrespondenzbureau den größten Teil der kleinen Presse erfassen“ soll. Gleichzeitig ist für „Reichsblätter, Magazine, illustrierte Blätter und von Berlin aus Sorge getragen“. Im Zusammenhang mit diesen Bestellungen in dem deutschnationalen Aufmarschplan werden die Wahlkreis-ausschüsse in der Provinz abeben. „Über die Haltung der neutralen und gegnerischen Presse außerhalb Berlins so schnell wie möglich zu berichten.“ Die Jarres-Kundgebungen sollen durch musikalische

und gefangliche Darbietungen unrahmt werden. Eine großartige Filmpropaganda ist bereits einleitet. Zwei Filmgesellschaften sind beauftragt, verschiedene Filmaufnahmen von Jarres fertigzustellen. „Weitere Verhandlungen mit Filmgesellschaften sind noch im Gange. Alles wird von Berlin aus bezahlt.“ Auch das kostspielige Plakat „Jarres auf der Kaiserflage“. Es zeigt im Grunde die Flagge schwarzweißrot und in Schwarz „dann sehr wirkungsvoll“ den Kopf des Herrn Jarres. Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß die Verbreitung durch die Berliner Zentrale aus „Angst vor der Parteikonferenz“ erfolgt.

Ueber die eigentliche selbsttätige Propaganda der Kreis-ausschüsse wird gesagt: „Nur deutschnationale Versammlungen müssen in jedem Ort gemeinam nationale bunte Abende veranstaltet werden. Sodalität und Scherpdienst müssen gleichfalls gemeinam organisiert werden. Die Verteilung der Stimmzettel muß in gemeinam er Besprechung genau geregelt werden. Es darf keinesfalls vorkommen, daß ein Häuserblock oder eine Straße nicht berücksichtigt wird. Doppelleistungen sind besser als keine.“

Dann kommt der „Hauptschlagplan“, wie ihn die Deutschnationalen in ihrem Aufmarschplan selbst bezeichnen. Unter diesem Titel heißt es in der Reklamebroschüre für Jarres:

„Die Präsidentschaftswahl als schwarzweißrotes Frühlingsfest. Der monarchistische oder: Stimmung, Gemülichkeit, keine Politik.“

1. Sofortiges Beziehen sämtlicher Säle in Stadt und Land für den Tag vor der Präsidentschaftswahl.

2. Pünktliche Abreise aller in die Wahlbewegung, die irgendwie zu haben sind.

3. In allen Lokalen werden am letzten Tage vor der Wahl Familienabende, Festliche Abende, Festliche Abende veranstaltet. Sollte aus irgendeinem Grunde der letzte Abend nicht passen, so kann auch ein Abend in der letzten Woche für die Veranstaltung gewonnen werden.

4. Sämtliche bürgerlichen Gesangsvereine, Turnvereine, Musikvereine, Dramatischen Vereine usw. werden zum Kommen beauftragt. Ein möglichst buntes Programm